angeordnet worden sind. Es steht mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der nächstjährige Bericht des Fabrikinspektors für Elsaß-Lothringen mit Bezug auf die wirthschaftlichen und sittlichen Zustände unserer Arbeiterbevölkerung ein weit günstigerer sein wird, als der vorliegende es ist.

Obwohl allgemein bekannt ist, daß die Einfuhrverbote gegen choleraverseuchte Orte sich auf wenige Waaren — gebrauchte Wäsche und Kleider (mit Ausschluß von Wäsche und Kleidern der Reisenden), Hadern und Lumpen, Obst und frisches Gemüse, Butter und Weichkäse — beschränken, und daß nach dem Urtheil der maßgebenden Behörden der Bezug anderer Waaren aus verseuchten Orten keine Gefahr in sich birgt, so dauern doch in Handels- wie in Konsumentenkreisen die Versuche, den Bezug von Waaren aus Hamburg abzulehnen, auffälliger Weise fort. Gegen die hierbei einwirkenden Besorgnisse richtet sich das nachfolgende Gutachten, welches von der im Kaiserlichen Gesundheitsamt errichteten Cholerakommission auf Veranlassung des Staatssekretairs des Innern erstattet worden ist.

Die Cholera ist nach den bisherigen Erfahrungen noch nie durch andere Waaren als diejenigen verbreitet worden, deren Einfuhr aus verseuchten Gebieten schon jetzt regierungsseitig verboten ist. Die gleichen Erfahrungen machen wir auch gegenwärtig wieder, denn seit dem Bestehen der Epidemie in Hamburg sind von dort zahlreiche Waaren nach vielen Orten verschickt worden, ohne daß jemals von einer Ansteckung durch solche Kolli etwas bekannt geworden wäre. In Anbetracht dieser Verhältnisse liegt kein Grund zu der jetzt vielfach verbreiteten Besorgniß einer Verschleppung von Cholera durch Waaren vor. Die meisten Waaren sind schon durch ihre trockene Beschaffenheit (Bücher, Zigarren, Tabacke, Erzeugnisse der Papierindustrie, der Lederindustrie 2c.) ungeeignet, als Vermittler des Ansteckungsstoffes zu dienen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Waaren in Umhüllungen zum Versandt kommen, welche den Inhalt der Packete, Ballen, Kisten 2c. vor verdächtigen Berührungen ausreichend schützen. In besonderem Maße gilt dies von allen Sendungen, welche durch den verseuchten Ort nur durchgehen, ohne daselbst geöffnet zu werden. Aengstliche Empfänger von Waarensendungen aus choleraverseuchten Ortschaften können die zur Verpackung benutzten Umhüllungen entweder vernichten, oder durch Abwaschen mit Kalkmilch (Kisten, Tonnen und ähnliches) bezw. 5 prozentiger Karbolsäurelösung (Ballen, Sackleinewand und dergl.) desinfiziren, obwohl solches im Allgemeinen überflüssig ist.

Nach Inhalt dieses Gutachtens können, wie der „N.-A." dazu bemerkt, die Versuche, sich von dem Waarenverkehr mit Choleraorten abzusperren, durch nichts gerechtfertigt werden. Sie können nur zur Erhöhung der Schwierigkeiten beitragen, unter welchen Handel und Wandel zur Zeit zu leiden haben. Was insbesondere Hamburg betrifft, so wird die wirksamste Hülfe, welche die schwer geprüfte Stadt erwarten darf, unter allen Umständen darin bestehen, daß man im übrigen Deutschland die alten Handelsbeziehungen bereitwillig wieder aufnimmt und davon absieht, dieselben durch weitere Ablehnungen auf Grund eingebildeter Gefahren noch mehr zu schädigen.

In unseren Bemerkungen zu dem Aufrufe des Berliner Hülfskomités haben wir bereits hervorgehoben, daß der Hamburger Nothstand nicht nur die unteren Schichten, sondern womöglich noch stärker die mittleren, gewerbetreibenden trifft. Ein Hamburger Stimmungsbild der „Köln. Ztg." behandelt diese Seite der Sache eingehender; dort heißt es:

Der Schaden, den die Cholera dem Handel und Verkehr mit dem Innern Deutschlands und dem Auslande zufügt, ist unberechenbar. Die erste deutsche Handelsstadt ist in Acht und Bann erklärt; dem früheren Gesammtumsatz von wöchentlich 50 Millionen Mark stehen heute wenige Tausende Mark gegenüber, weil die Schifffahrt mehr und mehr stockt. Die stolzen Fahrzeuge, die sonst mit größter Eile den Ozean durchfurchten, um die Schätze aller Welttheile dem „nordischen Venedig" zuzuführen, liegen jetzt vielfach in fremden Häfen, von der über sie verhängten Quarantaine festgehalten. Der Eisenbahnbetrieb deckt längst die Kosten nicht mehr; immer mehr Züge werden eingestellt, da der Personenverkehr über Hamburg sich nicht eher wieder einstellen will, als bis die unheimliche Seuche ganz aus Hamburg verschwunden ist. Die Nachwehen, die das Darniederliegen von Handel und Verkehr im Gefolge haben muß, machen sich bereits jetzt recht unliebsam fühlbar. Die Arbeit fehlt. Die Arbeitslosigkeit macht sich nicht bloß am Hafen, an den Staden und auf den industriellen Betrieben, den Schiffswerften und Fabriken im Freihafengebiet, wo sonst Zehntausende von Menschen Arbeit und Verdienst finden, bemerkbar, sondern auch beim Handwerker-, Gewerbe- und Arbeiterstande im Allgemeinen. Da erläßt die Gewerbekammer einen beherzigenden Aufruf mit der Bitte um Arbeit:

„Die Wenigsten wollen jetzt etwas machen lassen, man will erst das Erlöschen der Seuche abwarten. Aber man bedenkt nicht, daß hierdurch Tausende von Menschen dem wirthschaftlichen Ruin preisgegeben werden. Leider ist die Seuche zu einer Zeit hereingebrochen, wo das Geschäft schon seit langem darniederlag, sodaß nicht wenige Gewerbetreibende, besonders kleine Handwerker, ihre bescheidenen Ersparnisse schon ganz oder größtentheils zusetzen mußten und heute für die Fristung ihrer Existenz ganz und gar auf die Arbeit, die der Tag bringt, angewiesen sind. Diese Leute darben schweigend, sie begehren nicht Unterstützung, nur Arbeit, Arbeit!"

An diesen Mahnruf knüpft die Gewerbekammer die herzliche Bitte an die Bessergestellten, doch jetzt schon das arbeiten zu lassen, was irgendwo möglich ist, und die Ausstände der Handwerker möglichst sofort zu bezahlen, ohne erst eine Rechnung abzuwarten.

Verschiedene Blätter hatten die von uns wegen ihrer ersichtlichen Unhaltbarkeit nicht berücksichtigte Meldung gebracht, zu der letzten Sitzung des Staatsministeriums sei der Präsident der Reichsbank, Dr. Koch, hinzugezogen, weil in derselben über die Deckung der Kosten der Militairvorlage durch eine Anleihe berathen worden sei. Wie jedoch der „Nat.-Ztg." zuverlässig berichtet wird, stünde jetzt, vielleicht in Folge jener Berathung, fest, daß im Laufe dieses Jahres die noch offen stehenden Kredite Preußens nicht flüssig gemacht werden, eine neue Anleihe nicht zur Ausgabe kommt.

Um die kleineren Besitzer zu einer rationelleren Wirthschaftsweise anzuspornen, hat der Zentralverein westpreußischer Landwirthe die **Prämiirung bäuerlicher Wirthschaften** in Aussicht genommen. Durch die Veröffentlichung einer genauen Beschreibung der Einrichtung und des Betriebes der prämiirten Wirthschaften soll auch dem größeren Kreise der kleineren Wirthe Gelegenheit geboten werden, in das Wesen und Getriebe rationell geführter Wirthschaften einen Einblick zu gewinnen. Von dem Zentralverein wird ferner die Ueberlassung künstlicher Düngemittel und von Saatgut an kleinere Wirthe beabsichtigt; hierdurch würden die Letzteren in den Stand gesetzt werden, die Vortheile der Düngung mit Kunstdünger und die eines guten Saatgutes in der eigenen Wirthschaft zu erproben.

Nachdem kürzlich die königliche Genehmigung ertheilt worden ist, die im Kreise Lissa belegene Stadt Zaborowo, welche bei der Volkszählung von 1890 nur 887 Einwohner hatte, in eine Landgemeinde umzuwandeln, macht die „Magdeb. Ztg." darauf aufmerksam, daß zu derselben Zeit in Preußen noch weitere 46 Städte mit weniger als 1000 Einwohnern vorhanden waren. Davon entfallen 14 auf die Provinz Posen, 12 auf Schlesien, 10 auf Hessen-Nassau, 3 auf Brandenburg, je 2 auf Westpreußen und Westfalen und je eine auf Sachsen, Hannover und die Rheinprovinz. Die beiden kleinsten Städte sind Schleiden in der Rheinprovinz mit 515 und Lagow in der Provinz Brandenburg mit 493 Einwohnern. Diesen Zwergstädten steht eine ganze Anzahl von Landgemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern gegenüber. Nicht weniger als 37 dieser großen Landgemeinden werden gezählt, von denen die meisten in den Bezirken, in denen die Großindustrie überwiegt, liegen oder als Vororte der Großstädte angesehen werden müssen. Von ihnen entfallen 13 auf die Rheinprovinz, wobei jedoch zu bemerken ist, daß einige von diesen sogenannte Sammtgemeinden sind, die aus mehreren Ortschaften gebildet sind und zum Theil eine große Fläche umfassen. In der Provinz Westfalen und in der Provinz Brandenburg giebt es sieben Landgemeinden über 10000 Einwohner, in der Provinz Brandenburg lediglich als Vororte Berlins, die fast alle demnächst der Hauptstadt einverleibt werden dürften. Schlesien weist fünf große Landgemeinden auf, nämlich Zaborze im Kreise Zabrze mit 16234, Langenbielau im Kreise Reichenbach mit 15860, Lipine im Kreise Beuthen mit 12811, Alt-Zabrze im Kreise Zabrze mit 10675 und Laurahütte im Kreise Kattowitz mit 10589 (nächstdem kommt Altwasser im Kreise Waldenburg mit 9549) Einwohnern. Die übrigen fünf vertheilen sich auf Pommern, Westpreußen, Posen, Sachsen und Schleswig-Holstein. Die beiden größten Landgemeinden sind Rixdorf bei Berlin mit 35702 und Altendorf bei Essen mit 31892 Einwohnern.

Das Präsidium des **Deutschen Handelstages** theilte, den Münchener „Neuesten Nachrichten" zufolge, den Mitgliedern mit, daß, neueren Erkundigungen zufolge, die Vorverhandlungen mit Rußland über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages noch so weit aussehend sind, daß von dem früher für die Einsendung der Gutachten gestellten Termine abgesehen werden kann.

Wenn auch die Bestrebungen, die in den Wasserfällen noch schlummernden großen Kraftquellen der Erzeugung von elektrischer Energie nutzbar zu machen, seit den gelungenen Versuchen dieser Art auf der Frankfurter elektrotechnischen Ausstellung im Jahre 1891 nicht unwesentlich an Umfang zugenommen haben, so bildet gleichwohl die Gewinnung des elektrischen Stromes durch Dampfkraft heute noch das herrschende Verfahren. Letzteres trifft vornehmlich in einem Lande wie Preußen zu, wo Wasserläufe mit starkem Gefälle nur in verhältnißmäßig geringer Zahl vorhanden sind.

Ueber den Umfang der Verwendung der Dampfkraft zu dem bezeichneten Zwecke sind in Preußen zum ersten Male im vergangenen Jahre seitens des königlichen Statistischen Bureaus Ermittelungen angestellt worden; eine Wiederholung derselben im gegenwärtigen Jahre lieferte im Vergleich zu der ersteren Erhebung folgendes Ergebniß. Von den feststehenden und beweglichen Dampfmaschinen Preußens dienten zu Anfang 1891 bereits 794 mit 30610 Pferdestärken ausschließlich und 189 mit 9879 Pferdestärken gleichzeitig noch anderen Zwecken, zusammen also 983 mit 49489 Pferdestärken zum Betriebe von Dynamomaschinen; während Anfang 1892 zum ausschießlichen Betriebe von Dynamomaschinen 998 Dampfmaschinen mit 55396 Pferdestärken, gleichzeitig noch zu anderen Zwecken 262 mit 13091 Pferdestärken, im Ganzen also 1260 mit 69087 Pferdestärken in Betrieb waren.

Die Gesammtzahl der im preußischen Staate zur Erzeugung von elektrischem Strome nutzbar gemachten Dampfmaschinen hat in den beiden letzten Jahren also um 28,2 pCt. und deren Leistungsfähigkeit um 39,6 pCt. zugenommen. Zu Anfang 1891 machten diese Dampfmaschinen der Zahl nach 1,59 pCt. und der Leistungsfähigkeit nach 2,68 pCt. aller feststehenden und beweglichen Dampfmaschinen Preußens aus; zu Beginn des folgenden Jahres stieg erstere Ziffer auf 1,94, letztere auf 3,5 pCt.

Während in der bei Weitem größten Zahl der preußischen Regierungsbezirke eine Vermehrung dieser Dampfmotoren eintrat, zeigte sich in den Regierungsbezirken Königsberg und Köslin ein Rückgang, und in Gumbinnen, Stralsund, Stade, Aurich, Minden und Sigmaringen blieb sich die Zahl derselben gleich. Berlin, welches in der Verwendung von elektrischer Energie allen preußischen Regierungsbezirken weit voransteht, hatte in den beiden letzten Jahren bezüglich der Zahl der zum Betriebe von Dynamomaschinen dienenden Dampfmotoren eine Vermehrung von 21,5 pCt. und bezüglich der Leistungsfähigkeit derselben eine solche von 29,7 pCt. aufzuweisen. In dem Regierungsbezirke Düsseldorf, welcher nach Berlin an zweiter Stelle folgt, blieben die diesem Zwecke dienenden Dampfmaschinen der Zahl nach nicht viel hinter denjenigen Berlins zurück; die Leistungsfähigkeit der Maschinen im Regierungsbezirke Düsseldorf betrug dagegen nur halb so viel wie die der Berliner Maschinen.

Die **deutsche überseeische Auswanderung** über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellte sich im August 1892 und im gleichen Zeitraum des Vorjahres folgendermaßen:

Es wurden befördert über

	1892	1891
Bremen	4782	4341
Hamburg	2749	2426
Andere deutsche Häfen (Stettin)	54	65
deutsche Häfen zusammen	7585	6832
Antwerpen	1727	1750
Rotterdam	472	252
Amsterdam	116	84
Ueberhaupt . . .	9900	8918

Aus deutschen Häfen wurden im August d. J. neben den vorgenannten 7585 deutschen Auswanderern noch 15212 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 5708, Hamburg 9476, Stettin 28.

Journal-Revue.

Daß die bevorstehende parlamentarische Arbeit so schwierige Aufgaben zu erledigen haben werde, wie sie je gestellt worden sind, betont die „National-liberale Korrespondenz", indem sie schreibt: „Im Reichstage und preußischen Landtage stehen gleichzeitig Arbeiten von der größten Wichtigkeit bevor, die während mehrerer Monate die Kräfte der Körperschaften in Anspruch nehmen werden. Ungewöhnlich frühzeitig und voraussichtlich ungewöhnlich lange werden die Parlamente neben einander zu tagen haben, und es wird wohl erwogener geschäftlicher Dispositionen bedürfen, um diesen Zustand, der voraussichtlich bis tief in das Frühjahr dauern wird, einigermaßen erträglich zu machen. Es hat in dieser Hinsicht in früheren Sessionen oft an dem nöthigen Zusammenhang und Einklang zwischen den beiden Parlamenten gefehlt; hoffentlich ist man durch die Erfahrung belehrt worden. Es läßt sich wohl einrichten, daß diejenige Zeit, wo der Schwerpunkt der Thätigkeit des einen Parlaments in den Kommissionen liegt, von dem anderen um so eifriger zu den Plenarverhandlungen ausgenutzt und auch durch gegenseitige Rücksichtnahme anderer Art die unvermeidliche parlamentarische Ueberlast dieses Winters wenigstens einigermaßen erträglich gemacht wird. Auch die Regierung ist bestrebt, den großen Arbeitsstoff möglichst zu beschränken und ihn nicht noch durch allerlei Gegenstände zu erweitern, die einen Aufschub ertragen können. Manche Vorlagen, deren Einbringung in Erwägung gezogen war, werden zurückgestellt werden."

Die „Frankfurter Zeitung" tritt einem Artikel der „Freis. Ztg." scharf entgegen, welchen „nach seiner Rückkehr von einer Agitationstour für den freisinnigen Kandidaten in dem Reichstagswahlkreise Löwenberg der Abgeordnete Richter gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe veröffentlicht hat, und der alle früheren Angriffe an jener Stelle noch weit übertrumpft." Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt nämlich dem bezüglichen Verlangen des Abg. Richter gegenüber u. A. Folgendes: „Die Aufhebung der gesammten Sonntagsruhe für alle Städte mit weniger als 10000 Einwohnern könnte in keinem Falle durch einen Akt der Verwaltungsbehörde, sondern nur durch Gesetz vollzogen werden, und es muß Wunder nehmen, daß der Abg. Richter in diesem Falle wichtige konstitutionelle Grundrechte an die Verwaltungsbehörden preisgeben will. Doch dies nur nebenbei. Vor Allem liegt sachlich auch nicht der geringste Grund zu einer so reaktionairen Maßregel vor, wie die „Freis. Ztg." befürwortet. Wäre das Blatt richtig orientirt, so würde es aus der Fachpresse der Kolonialwaarenhändler ersehen, daß es nicht bloß Gegner, sondern auch sehr warme Freunde der Sonntagsruhe, womöglich der vollständigen, auch in den Kreisen der Kleinkaufleute giebt, die schon wiederholt Stellung gegen das wüste Geschrei der Gegner genommen haben und über den erreichten Fortschritt herzlich froh sind. Außerdem aber ist die Sonntagsruhe doch sozusagen auch für das Personal gedacht, das gerade in den kleineren Geschäften der Provinzstädte Wochentags ganz anormale Arbeitszeiten hat und die Sonntagsruhe noch weit mehr benöthigt, als die Gehilfen der Großstädte. Deshalb dürfte die „Freis. Ztg." mit ihrem Vorschlage wohl ganz allein stehen; er ist weder in den thatsächlichen Verhältnissen begründet, noch auf dem von ihr angegebenen Wege durchführbar."

„Der Steuerplan des Herrn Miquel" betitelt sich der Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom letzten Sonntag. Von Interesse erscheint, was in demselben über die Vermögenssteuer geäußert wird. „Wir erkennen an" — schreibt das freisinnige Blatt — „daß, wenn die Unzweckmäßigkeit einer Steuer erkannt ist, sie aufgehoben werden muß. Wir treten dafür ein, daß der Staat die Grund- und Gebäudesteuer aufhebt; wir sind daher auch verpflichtet, mitzuarbeiten, daß ihm ein Ersatz geboten werde. Wenn der Staat sich dieser Steuerquelle beraubt, so kann man ihm nicht gleichzeitig zumuthen, noch bei einem Theile der Einkommensteuer einen Ausfall zu tragen. Der Staat giebt das, was er in Händen hat, nur fort, wenn ihm dafür gleichzeitig Ersatz geboten wird. Als einen solchen Ersatz bezeichnet er die Vermögenssteuer. Dieser Vorschlag ist vielleicht nicht der beste, der gemacht werden kann, aber er ist auch von vornherein keineswegs unannehmbar. Wir lassen ihn gelten, so weit er erforderlich ist, um den Ausfall zu decken, den der Staat durch seinen Verzicht erleidet. Weiter nicht. . . . . Gehen die Vorschläge des Herrn Miquel unverändert durch, so artet der Steuerreformplan in einen großen Steuererhöhungsplan aus. Augenblicklich befinden wir uns in einem Zeitpunkte, wo das Volksvermögen langsam oder gar nicht wächst; für den Augenblick reichen die Vorschläge des Herrn Miquel vielleicht nur aus, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrecht zu erhalten. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird doch wieder ein Zeitraum kommen, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse sich entwickeln und der Volkswohlstand wächst. Und in einem solchen Zeitraum wird die Einkommensteuer, wie sie im vorigen Jahre beschlossen ist, und die Vermögenssteuer, wie sie jetzt beschlossen werden soll, Ueberschüsse liefern, welche das Bedürfniß bei Weitem übersteigen, und dann werden wir von Neuem alle die Uebelstände erleben, die noch jedesmal eingetreten sind, wenn in den Staatskassen eine Hochfluth entstand. Wir müssen eine Einrichtung verlangen, welche es der Volksvertretung ermöglicht, die Einnahmen des Staats auf denjenigen Punkt zurückzuführen, welcher dem Bedürfnisse nach Ausgaben entspricht. Das ist die unentbehrliche Grundlage jeder gesunden Finanzverwaltung. Das ist der Kernpunkt jedes liberalen Finanzprogramms. Ohne eine solche Vorschrift nehmen wir keinen neuen Finanzplan an, welche Vortheile er im übrigen auch biete. Uns leitet dabei in der That viel weniger die Rücksicht auf die Machtstellung der Volksvertretung, die sich an ihr Budgetrecht knüpft, als die schmerzliche Erfahrung, daß die allzu große Bereitschaft von Baarmitteln in der Staatskasse stets zu Verstößen gegen die Sparsamkeit geführt hat, die sich dann in schlechten Zeiten bitter gerächt hat."

Die „Kölnische Volkszeitung" konstatirt die sozialdemokratischen Landtagswahlerfolge und knüpft an die thatsächlichen Mittheilungen folgende Bemerkungen: „Die Sozialdemokratie wäre demnach jetzt in folgenden Landtagen vertreten: Königreich Sachsen (10), Baden (2), Hessen (2), Meiningen, Gotha, Altenburg und Reuß j. L. je ein Mitglied. Der Hauptschlag soll aber demnächst bei den bayerischen Landtagswahlen geführt werden. Die Sozialdemokraten rechnen bestimmt auf die Eroberung von München II durch v. Vollmar, das dieser bereits im Reichstag vertritt, sowie auf weitere Wahlsiege in München I, Nürnberg und Fürth. Schon bei den letzten Landtagswahlen hatten die Sozialdemokraten in den genannten Wahlbezirken eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wahlmännern, und zwar in München II zwei Wahlmänner weniger als Zentrum und Nationalliberale zusammen (34, 31, 5). Es erscheint somit nicht unmöglich, daß bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie auch in den bayerischen Landtag einziehen wird. v. Vollmar hat in München II die Wahlagitation mit einer Hetzrede gegen das Zentrum eröffnet. Wenn neuerdings die Streitaxt wegen Vollmar's staatssozialistischer Richtung in Berlin begraben worden ist, so weiß man ganz genau warum. Es sollen die Landtagswahlzirkel der bayerischen Sozialdemokraten nicht gestört werden."

Die „Hamburger Nachrichten" führen in einem Artikel, betreffend die Aufbesserung der materiellen Lage der Unteroffiziere 2c., u. A. Folgendes aus: „Es besteht unter urtheilsfähigen Politikern keinerlei Zweifel darüber, daß trotz aller Maßregeln auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Zukunft der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Hauptsache auf der Zuverlässigkeit der Armee beruht und auf der Befestigung der unerschütterlichen Ueberzeugung hiervon in den breiteren unteren Volksschichten. Diese Zuverlässigkeit und der Glaube an sie hängt aber nicht zum kleinsten Theile von der Zufriedenheit der Unteroffiziere und Mannschaften ab. Aus diesem Grunde haben wir schon seit Jahr und Tag auf die Gefahren hingewiesen, welche die sozialistischen Versuche zur Untergrabung des strammen militairischen Geistes im Unteroffizierkorps für den Staat im Gefolge haben. Wir betrachten es als eine dringende Aufgabe des Reiches, die Unteroffiziere durch Aufbesserung ihrer materiellen Lage und ihrer Aussicht auf Anstellung noch mehr als bisher gegen sozialistische Infizirung zu sichern. Aber hiermit würde das Maß dessen nicht erfüllt sein, was zur Sicherung der Zuverlässigkeit der Armee und zur Erhaltung der bisherigen Hingabe der Bevölkerung an die militairischen Institutionen zu geschehen hat. Dazu gehört in erster Linie noch eine größere Fürsorge für die Invaliden und für die Hinterbliebenen der in einem Kampfe gegen äußere und innere Feinde des Staates Gefallenen. Eine befriedigende Fürsorge in dieser Beziehung wird für zukünftige Kriege von ganz anderer Bedeutung sein, als früher."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 20. September.

* Der Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten v. Heyden ist aus Pommern wieder hier eingetroffen.

* Der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Reichsschulden-Verwaltung v. Hoffmann ist von Harzburg zurückgekehrt.

* Der hanseatische Gesandte Dr. Krüger ist vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Wie die „Kreuzztg." erfährt, ist der bereits mit der Verwaltung einer Rathsstelle beim hiesigen Konsistorium beauftragt gewesene Hof- und Domprediger Vieregge zugleich zum Konsistorialrath und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg im Nebenamte ernannt worden.

lb. Die Beerdigung des früheren Oberpräsidenten der Provinz Posen, Wirkl. Geh. Rath William Barstow v. Guenther, wurde gestern Nachmittag in Gegenwart einer zahlreichen und gewählten Gesellschaft auf dem Dreifaltigkeits-Kirchhofe vollzogen. Unter den Anwesenden befanden sich: der Staatsminister Dr. v. Boetticher, der Unterstaatssekretair im Ministerium des Innern, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Braunbehrens, Ober-Verwaltungsgerichts-Präsident Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath Jebens, der Präsident der Seehandlung Wirkliche Geheime Rath v. Burchardt, Reichsbankpräsident Koch, Generallieutenant und Inspektor der Feldartillerie v. Hoffbauer, der bevollmächtigte Minister für Hamburg, Bremen,

---

Aussehen geben, trockenen, reiben — drei Tage zum mindesten. Zwei, neun, elf, vierzehn! Vierzehn Tage!" sagte er laut. „Schneller kann ich es nicht thun. Wenn die Kopie in der Kanzlei von anderer Hand ist, wird es noch länger dauern."

„Aber wie werden Sie auf der Kanzlei arbeiten können?" fragte der Fürst, dem neuerdings Bedenken kamen.

„Unbesorgt, Exzellenz. Es soll so geschehen, daß Keiner es merkt. Mit zwei Besuchen soll es gethan sein. Soll ich sogleich beginnen? Sind wir einig?"

Montevarchi schwieg eine Weile, seine Hände zuckten in Verlegenheit.

„Beginnen Sie gleich," sagte er endlich, als zwänge er sich zu dem Entschluß. Er stand bei seinen Worten auf.

„Also zwanzigtausend Scudi baar am Tage, an dem der Signor Marchese Prinzipe wird!"

„Ganz recht, Sie sollen Ihren Willen haben."

„Und dafür soll Ew. Exzellenz von mir treu bedient werden."

„Thuen Sie das, lieber Maschini. Seien Sie treu, wie Sie es von jeher waren. Bedenken Sie, geldgierig bin ich nicht. Um der Gerechtigkeit willen lasse ich mich herbei, den Schein der Unredlichkeit auf mich zu nehmen. Kann ein Mann mehr thun? Ja, glauben Sie mir, mein Freund, der Zweck heiligt in unserem Fall mehr als zur Genüge unsere Mittel. Ja, glauben Sie mir, mein guter Maschini, — ja, Sie sind in der That in des Wortes bester Bedeutung ein guter, edler Mensch, glauben Sie mir, die Gerechtigkeit dieser Welt ist häufig nicht die Gerechtigkeit des Himmels. Gar wunderbar — wunderbar sind die Fügungen des Schicksals; doch nun Adieu, Maschini, mein Freund. Allerhand Geschäfte warten auf mich. Ein jeder Mensch hat seine Pflichten im Leben."

Der Gelehrte begleitete den Fürsten unter Verbeugungen an die Thür, und dann ging er an das Pergament zurück, und fing an, es von Grund auf von Neuem zu studiren.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

* Ueber die Hitze im August spricht sich der Wetterbericht der „Stat. Korresp." in folgender Weise aus: Wie der diesjährige Sommer sich im Mai durch eine abnorm hohe Temperatur eingeleitet hatte, so schloß er auch im August mit einer langen Reihe ungewöhnlich heißer Tage. Während die Temperatur zu Beginn des Monats bei trübem und regnerischem Wetter noch um 1—3 Grad unter der normalen lag, stieg sie bald, besonders in den mittleren und südlichen Landestheilen, rasch an, und zwar bis zum 15., von welchem Tage ab sie sich längere Zeit um mehr als 5 Grad über dem vieljährigen Mittel hielt. Vom 25. ab trat allerdings eine erhebliche Abkühlung ein, jedoch so, daß im Gesammtdurchschnitt mit Ausnahme einzelner Küstengebiete überall ein Wärmeüberschuß zu verzeichnen war, vor Allem in Schlesien, wo derselbe 3 Grad überstieg. Hier sowie auch im übrigen Binnenlande erreichten die Maximaltemperaturen des Monats eine ganz außerordentliche Höhe: an vielen Orten wurden 36—37 Grad beobachtet. Die große Hitze war um so fühlbarer, als gleichzeitig meist wolkenloses und sehr trockenes Wetter herrschte. Ueberhaupt ist wenig Niederschlag gefallen, so daß die Monatssummen weit unter dem normalen Werth blieben; nur an einzelnen Punkten entsprachen dieselben dem vieljährigen Durchschnitt. Im Binnenlande, besonders im Südosten, zeigte das Laubwerk ein herbstliches Aussehen, und die Feldfrüchte erlitten mannigfachen Schaden.

rg. Ein interessanter Rechtsstreit wird heute vor dem Bezirks-Verwaltungsgericht verhandelt. Der Direktor der Deutschen Konzerthallen, Schippanowsky, hatte vor etwa sechs Monaten seinen Garten nach dem Hause Spandauerbrücke 2 zu durch eine Bretterwand bis zu der Höhe des oberen Stockwerkes abschließen lassen. Der Eigenthümer des Hauses, Zimmermeister Kurth, verlor in Folge der verkleisterten Aussicht einen Theil seiner Miether, und das Haus soll am 1. November zur Subhastation kommen. Es wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Ungethüm von Wand zu Falle zu bringen, und zwar wurde besonders die Stabilität der Wand bezweifelt. Obgleich nun der Rathszimmermeister Tetzlaff die Wand für dauerhaft erklärt hat, ist das Polizeipräsidium der entgegengesetzten Ansicht und besteht auf der Beseitigung derselben. Der Direktor Schippanowsky hat, gestützt auf das Gutachten des Rathszimmermeisters, die Wand nicht entfernt und gegen das Polizeipräsidium Klage erhoben.

* Am 1. Oktober tritt in Berlin O., Krautsstraße 36, eine neue Postanstalt in Wirksamkeit, welche die Nummer 109 (Krautsstraße) erhält.

* Der Direktor der egyptischen Ausstellung, Herr Möller, konnte als Ertrag der Vorstellungen zu Gunsten der nothleidenden Hamburger eine Summe von 621 M. an die Sammelstelle abliefern. — Das am Sonntage stattgefundene Hochzeitsfest des Beduinenpaares mit all seinen feierlichen Zeremonien und originellen Aufzügen, Spielen und Tänzen hatte eine Menge Publikum hinausgezogen. Der in den Nachmittagsstunden zu erstaunlicher Höhe angewachsene Verkehr herrschte auch in fröhlicher Geselligkeit bis zum späten Abende und konzentrirte sich später namentlich auf die neu und glänzend ausstaffirten Bazare, sowie auf das interessante arabische Café mit seinen Tänzerinnen.

* Kapellmeister Josef Bayer, der Autor der Musik zu dem im Theater Unter den Linden bei der Eröffnungsvorstellung am Sonnabend zur ersten Aufführung gelangenden neuen phantastischen Ausstattungsballet „Die Welt in Bild und Tanz" trifft heute hier ein, um die Leitung der Orchesterproben zu seinem Werke zu übernehmen und alsdann auch selbst die Première zu dirigiren.

p. Vor einigen Wochen fand hier, wie damals berichtet, eine Verlobung zwischen einem englischen Millionair, dem Lord F., und der Dirigentin einer hier unter dem Namen „Die Wiener Wasser-Gigerln" konzertirenden Damenkapelle, einer hübschen Wienerin, statt. Der Bräutigam verstarb bald darauf in Hamburg an der Cholera, hat jedoch vor seinem Ableben ein Testament gemacht, in welchem er seiner Verlobten ein Legat von 750000 M. aussetzte. Einige Berliner, welche von dem Testament Wind bekommen, haben sich bereits eifrigst um die Gunst der so plötzlich reich gewordenen Geigenspielerin beworben.

* In einer Abtheilung der Charité ist, der „Voss. Z." zufolge, die Ruhr ausgebrochen. Ueber die Entstehungsursache ist bis jetzt so viel festgestellt, daß diese Krankheit durch eine durch die Polizei eingelieferte trunkene und obdachlose Frau St. eingeschleppt worden ist. Sämmtliche vier Erkrankten wurden sogleich der Infektionsstation der Charité überliefert, die Krankenräume aufs sorgfältigste desinfizirt, die Wäsche und Betten ausgeräuchert und in jeder Hinsicht Vorkehrungen getroffen, daß die weitere Ausbreitung möglichst verhindert würde.

* Der erst 14 Jahre alte „Rollmops" Marx, der in einem Speditionsgeschäft der Prenzlauerstraße als Rollwagenbegleiter angestellt ist, war mit dem gleichaltrigen Korbmacherlehrling Paetz verfeindet. Am Sonnabend Nachmittag stand Paetz vor der Thür des Hauses, in welchem er beschäftigt ist, als Marx auf einem Rollwagen vorüberfuhr. Paetz rief seinem Gegner höhnische Worte nach; im nächsten Augenblick war Marx vom Wagen gesprungen, hatte ein Messer gezogen und die Klinge dem Paetz tief in die Brust gestoßen. Der Getroffene mußte nach der nahegelegenen Sanitätswache geschafft werden. Glücklicherweise ist der Stahl an einem Rippenknochen abgeglitten, so daß die Verletzung keine allzu gefährliche ist. Der jugendliche Thäter wurde verhaftet.

rg. Zu dem Leichenfund in Johannisthal wird mitgetheilt, daß die gerichtsärztliche Oeffnung zu dem Ergebniß geführt hat, daß ein Selbstmord nicht ausgeschlossen sei. Gestern Mittag ist bei der Staatsanwaltschaft vom Landgericht II ein Zeuge vernommen worden, der mit ziemlicher Bestimmtheit zwei Personen der Ermordung des Musikers Schrader bezichtigt. Dies sind die Kellner M. und Sch.

rg. Die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines jungen Mannes wurde am Sonntag Vormittag im Landwehrkanal am Zoologischen Garten aufgefunden. In dem Todten wurde der 23 Jahre alte Kellner Ernst Endemann erkannt, der aus seiner Wohnung Burgstraße 11 vor einiger Zeit verschwunden war und sich aus Kummer darüber, daß seine Geliebte, die unverehelichte Gertrud V., sich von ihm abgewandt, sich das Leben genommen hat.

* (Polizeibericht.) Am 17. d. Mts. Morgens wurde in der Spree am Schiffbauerdamm die Leiche eines unbekannten, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Vormittags wurde in der Lützowstraße ein fünfjähriger Knabe von einem Schlächterwagen überfahren; er erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — Mittags wurde an der Ecke des Tempelhofer Ufers und der Schönebergerstraße eine Frau, als sie, ihre zwei Jahre alte Tochter auf dem Arme tragend, den Straßendamm überschreiten wollte, von einem Geschäftswagen überfahren. Die Frau wurde nur leicht am Kopfe verletzt, das Kind dagegen erlitt so schwere innere Verletzungen, daß es bald darauf verstarb. — Abends wurde am Schöneberger Ufer eine Putzmacherin von einer Droschke überfahren und am Bein schwer verletzt. — Am 18. früh fiel ein Arbeiter auf dem Neubau Wiesenstraße 27 beim Löschen von Kalk in die mit siedendem Kalk gefüllte Grube und erlitt bedeutende Verletzungen. — Nachmittags wurde ein Seiler vor dem Hause Lindenstraße 114 von Krämpfen befallen; er mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. — Am 19. Vormittags wurde auf dem Grundstück Möckernstraße 92/93 zwischen dort stehenden Möbelwagen die Leiche eines unbekannten, etwa 30 Jahre alten Mannes aufgefunden. — Am 17. und 18. fanden drei kleine Brände statt.

Berlins Umgebung. * **Spandau.** Den Fall Siering betreffend, neigt man der Ansicht zu, daß ein Unglücksfall vorliege. Der Verstorbene soll öfters an Ohnmachtsanfällen gelitten haben; in einen solchen Zustand könne er auf seinem Spaziergange, den er häufig längs des Spreeufers ausführte, am Sonnabend gerathen und dann von der Uferböschung oder der Treidelbrücke, in deren Nähe die Leiche gefunden wurde, abgestürzt sein. Im Wasser habe er hierauf durch Ertrinken den Tod gefunden. Das Fehlen des Geldes und der Werthgegenstände kann auf eine nachträgliche Plünderung der Leiche zurückzuführen sein.

Rixdorf. Ein Todtschlag ist hier, wie der „Lok.-Anz." berichtet, in der Nacht zum Montag verübt worden. Gestern früh fand der Wächter Matschet in der Bergstraße einen Mann blutüberströmt liegen; Kopf und Unterleib wiesen Messerstiche auf. Der schwer Verletzte wurde nach dem Krankenhause am Urban übergeführt, wo er alsbald seinen Verwundungen erlegen ist. Es ist ziemlich sicher, daß der Ermordete von Dirnen und deren Beschützern überfallen und auf den Tod verwundet worden ist. Die That ist bald nach Mitternacht verübt worden, denn um die angegebene Zeit wurden Hülferufe an dem betreffenden Orte vernommen. Auch sind zwei Mädchen beobachtet worden, die von dem Orte der That beim Näherkommen anderer Personen entflohen.

* **Steglitz.** Ein Raubmordversuch eigenthümlicher Art wurde, wie das „B. T." erfährt, hier am Sonnabend unternommen. Im Erdgeschoß eines Hauses der Albrechtstraße wohnt seit längerer Zeit ein Ehepaar, das einen Blumenhandel betreibt. Der Mann hat sich dem Trunke ergeben, so daß er deshalb mit seiner Frau in Konflikt gerieth. Letztere begab sich am Sonnabend nach der Markthalle, nachdem sie vorher einer 70 Jahre alten Nachbarin die Obhut der Wohnung anvertraut hatte, damit der Ehemann sich die kleinen Ersparnisse, welche sich in einer Kommode befanden, nicht aneigne und in Spiritus umsetze. Während nun die alte Nachbarin allein in der Wohnstube sich befand, drang der Blumenhändler dort ein und ging mit einer Sichel auf die Frau los, schlug ihr die Zähne aus und würgte sie; als er zu einem neuen Schlage mit der Sichel ausholte, trat seine aus der Markthalle heimkehrende Frau ein. Bei dem Geräusch, das der Mann plötzlich hinter sich hörte, ließ derselbe von seinem Opfer ab und ergriff die Flucht. Ein Arzt, welcher der überfallenen alten Frau die erste Hülfe leistete, erklärte, daß die Wunden lebensgefährliche seien.